



**Niederschrift Nr. 4**

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 14. Oktober 2014 von 18:01 Uhr bis 20:28 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Furtwangen

**Vorsitzender:** Bürgermeister Josef Herdner

**Zahl der anwesenden Mitglieder:** 16 + BM = 17 (Normalzahl: 19)

**Namen der nicht anwesenden Mitglieder:** Stadtrat Norbert Staudt (v)  
Stadtrat Dirk Ebeling (v)  
  
Stadtrat Roland Thurner, bis 18:19 Uhr  
Stadtrat Prof. Dr. Ulrich Mescheder, bis 18:23 Uhr  
Stadtrat Prof. Manfred Kühne, bis 18:32 Uhr  
Stadtrat Odin Jäger, bis 18:34 Uhr

**beratend anwesend:** Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Ruf,  
(Ortsvorsteher Wehrle – entschuldigt)

**Schriftführer:** Dr. Ludger Beckmann

**Stadtverwaltung:** Frau Grieshaber, Frau Klein, Herr Kleiser, Herr Dold, Herr Marzahn,  
Frau Franz (TOP 4 und 5)

**Sonstige:** ./.

**Besucher:** 8

**Presse:** 2

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **07.10.2014** ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **08.10.2014** ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift **Stadtrat Klaus Hog** und **Stadtrat Franz Sauter** bestimmt werden.

## Tagesordnung öffentlich

1. Aktuelle Stunde
- 1.1. Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)
- 1.2. Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten
- 1.3. Bericht der Verwaltung zu geplanten Projekten
- 1.4. Technische Vorstellung BHKW-Projekt am Großhausberg
  
2. Antrag der Anne-Frank-Grundschule auf Umwandlung in eine Ganztagschule in Wahlform zum Schuljahr 2015/2016 GR 019/2014
  
3. Antrag des Otto-Hahn-Gymnasiums mit Realschulzweig auf Änderung des Ganztagsbetriebs zum Schuljahr 2015/2016 GR 020/2014
  
4. Neufassung der Friedhofsordnung GR 016/2014
  
5. Friedhofsgebührenkalkulation 2015 GR 017/2014
  
6. Änderung der Marktsatzung;  
Änderung der Verkaufszeiten des Donnerstagsmarkts GR 023/2014
  
7. Erlass einer Nachtragssatzung 2014 GR 015/2014
  
8. Dilgerhofweg: Einrichtung einer Tempo 30 Zone GR 022/2014
  
9. Auftragsvergaben
  
10. Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

### TOP 1 Aktuelle Stunde

Bürgermeister Herdner eröffnet die Gemeinderatsitzung und begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, die Presse, die Zuhörer und die anwesenden Gäste.  
Er verweist auf die Geburtstage von den Stadträten Guhl, Jäger und Andreas Braun.

#### TOP 1.1 Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

Bürgermeister Herdner bittet darum, dass alle Zuhörer bis zum Ende dableiben sollten.

Es gibt keine Fragen.

#### TOP 1.2 Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

Der Erledigungsbericht wird von Bürgermeister Herdner abgegeben:

### **Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing:**

#### **Installation einer öffentlichen WLAN-Verbindung**

Der Gemeinderat hat einer öffentlichen WLAN-Verbindung vom Grundsatz zugestimmt.

Einige Infos sollten jedoch noch eingeholt werden. Die Ergebnisse wurden in einer Bekanntgabe zusammengefasst.

#### **Vorstellung Planung Radwegenetz**

Bürgermeister Herdner ergänzt, dies sei Sache des Kreises und werde später vorgestellt.

## **TOP 1.3 Bericht der Verwaltung zu geplanten Projekten**

Bürgermeister Herdner erklärt, dass dieser neue Tagesordnungspunkt auf Wunsch des Gemeinderates aufgenommen worden sei. Er stellt die Projekte anhand der Power Point Folien vor.

Zur Treppenanlage am Kussenhof ergänzt Herr Dold, dass diese in dieser Woche fertig werden solle. Zum Winter sei möglicherweise mit der Überdachung zu rechnen.

Zum Hochbehälter im Mäderstal fügt Bürgermeister Herdner hinzu, dass im Frühjahr im Rahmen einer Besichtigungstour die Sanierung Kläranlage etc. in Augenschein genommen werde.

Stadtrat Kern fragt nach, ob die Pflasterung am Marktplatz bewusst eng gestaltet worden sei.

Bürgermeister Herdner antwortet ihm, dass aufgrund der vorhandenen Parkflächen dieser Engpass nicht zu vermeiden gewesen wäre.

Stadtrat Jung spricht die Hexenlochstraße an. Er möchte wissen, ob diese bei den Bauarbeiten auch von der Ortsmitte Neukirch oder nur über den Thurner zu erreichen sei.

Bürgermeister Herdner antwortet ihm, dass dies abgeklärt werden müsse.

## **TOP 1.4 Technische Vorstellung BHKW-Projekt am Großhausberg**

Bürgermeister Herdner bittet Herrn Edwin Dalibor, Leiter der Abteilung Technik beim Amt für Vermögen und Bau Konstanz, zu sich an den Ratstisch.

Herr Dalibor dankt für die Möglichkeit der Vorstellung des Projektes. Mit ihm seien noch der Architekt Fabio Tedesco, Herr Wilfried Kammerer und Herr Michael Westermaier von der Firma Spanner mitgekommen. Er stellt im Folgenden das Projekt mittels PowerPoint-Präsentation vor.

Zur Wärmeversorgung der Hochschule Furtwangen University sollen Holzhackschnitzel vergast werden. Man wolle zum einen den regionalen Rohstoff Holz (Straßenbegleitgrün) nutzen, zum anderen die CO<sub>2</sub>-Emission der Hochschule neutralisieren. Die Gesamtleistung würde etwa 2,8 Megawatt betragen. Die Pläne würden in nächster Zeit weiter ausgereift. Die benötigte Fläche von 2.500 qm wolle man von der Stadt erwerben und im Jahr 2016 mit der Umsetzung des Projekts beginnen.

Stadtrat Kern möchte Näheres zur Lärmemission wissen.

Herr Dalibor erklärt, dass die Vorgaben zum Lärmschutz eingehalten würden.

Nach Herrn Westermaier wäre dies ein normaler PKW-Motor mit 45 dB.

Desweiteren möchte Stadtrat Kern wissen, wohin die Abgase abgeleitet werden.

Nach Herrn Westermaier würden die Luft- und Staubwerte eingehalten. Es gebe keinerlei Immissionen. Die Verbrennung geschehe allein im Motor. Wegen der Schule müssten auch die Schallemissionen gering sein.

Stadtrat Sauter möchte noch Näheres zur Anlage wissen. Er spricht die LKW-Anlieferung an.

Bei 2.500 qm Gesamtfläche werde man 50 Meter in Anspruch nehmen, so Herr Dalibor.

Stadtrat Sauter hält die Winteranlieferung von bergseits für problematisch.

Herr Dalibor weist auf die Anlieferung für das Studentenwerk hin.

Stadtrat Sauter möchte zudem wissen, ob die 2,8 Megawatt nicht auch für andere Abnehmer interessant wären.

Nach Herrn Dalibor werde man nur landeseigene Gebäude zum Beispiel auch die Robert-Gerwig-Schule beliefern, aber keine Privaten.

Stadtrat Sauter weist darauf hin, dass die Robert-Gerwig-Schule bereits von einem Blockheizkraftwerk versorgt werde. Er fragt, ob dies eine Konkurrenz darstelle.

Für Herrn Dalibor hat die EGT wirtschaftliche Interessen. Da die Anlage mittlerweile in einem gewissen Alter sei, müsse auch dort etwas getan werden.

Stadtrat Jung hält die Technik momentan nicht für ausgereift. Er glaube, dass Vermögen und Bau dies zum ersten Mal mache. Die Schnitzel müssten trocken sein. Es sei mit Rückständen bei der Verbrennung der Asche zu rechnen. Er bedaure, dass man nur an sich selbst denke. Er stellt die Frage, ob man auch daran gedacht habe, die Türme zu versorgen. An der EGT sei auch die Stadt beteiligt. Bisher sei er von dem Projekt nicht überzeugt.

Herr Dalibor hält dem gegenüber die Technik für ausgereift. Die Holzvergasung stecke aber noch in den Kinderschuhen. Man müsse mehr im Betrieb tun, damit sie störungsfrei funktioniere.

Herr Westermaier geht auf die Belastung in der Asche ein. Die Kohle werde in einem Nachreformer zu Asche umgewandelt. Auch diese Asche habe natürlich eine Schadstoffkonzentration. Die Asche sei über die Deponie zu entsorgen.

Diese Technik sei der richtige Weg für die CO<sub>2</sub>-Neutralität, so Herr Dalibor. Der Betrieb sei anfangs aufwändiger. Man rechne mit Kosten in Höhe von 4,2 Mio. Euro. Die EGT solle nicht vertrieben werden. Man habe Gespräche mit der EGT geführt. Für die Wärmelieferung wolle die EGT aber mehr Gebühren als man bereit sei zu zahlen, man könne mit dem neuen Holzvergasungskraftwerk die Wärme günstiger herstellen.

Für Stadtrat Riesle ist Asche Sondermüll. Das Holz komme überall her, nicht nur aus der Region. Er möchte Näheres zur Einspeisung der einzelnen Motoren wissen. Mittels einer Trasse werde die Energie auf das Gelände der HFU weitergeleitet. Hier gebe es eine Rückkaufklausel bei der EGT. Stadtrat Riesle möchte wissen, ob man eigene Trafostationen benötige.

Nach Herrn Dalibor sei es noch nicht sicher, ob dies wirtschaftlich tragbar sei.

Stadtrat Thurner hält die regenerative Technik für erfreulich. Man solle aber auf Holz aus einer geregelten Forstwirtschaft zurückgreifen. Er möchte wissen, wie viel Kubikmeter Holz man benötige. Er stellt die Frage, ob dies ausgeschrieben werde. Die Firma müsste den geordneten Betrieb gewährleisten. Zudem möchte er wissen, ob die Anlage während des gesamten Jahres laufe.

Herr Dalibor nennt den ganzjährigen Betrieb als Ziel. Es wären dann 8.000 Stunden. In der Region wäre genügend Straßenbegleitgrün als Hackgut vorhanden. Die Preisentwicklung sei ihm nicht bekannt. Man wolle regional bleiben. Im Hause habe man zwar Ingenieure, man werde aber fremd ausschreiben. Beim Holzvergasungsblockheizkraftwerk sei der Wettbewerb begrenzt. Im Betriebskonzept sei der Betreiber HFU das Ziel. Gegebenenfalls werde man nach externer Unterstützung suchen. Die HFU stehe hinter dem Projekt.

Stadtrat Thurner macht darauf aufmerksam, dass Asche kein Sondermüll sei, sondern auf eine normale Mülldeponie gehöre.

Stadtrat Jung hat Zweifel an der CO<sub>2</sub>-Neutralität. Dies sei ihm zu sehr Modeerscheinung.

Stadtrat Thurner wirft ein, dass Holz CO<sub>2</sub>-neutral sei, was Gas nicht sei.

Bürgermeister Herdner dankt für die vielen gegebenen Hinweise. Die Pläne lägen noch nicht vor. Über einen Bauantrag sei später zu befinden. Er dankt für den Vortrag und entlässt Herrn Dalibor und seine Kollegen aus dem Gemeinderat.

**TOP 2     Antrag der Anne-Frank-Grundschule auf Umwandlung in eine Ganztagschule in Wahlform zum Schuljahr 2015/2016**  
**Vorlage: GR 019/2014**

In seiner Einleitung geht Bürgermeister Herdner auf die Änderungen durch das neue Schulgesetz ein.  
Im Anschluss hält Frau Klein den Sachvortrag.

Bürgermeister Herdner betont, dass die Anne-Frank-Grundschule bisher schon als Ganztageschule betrieben worden sei. Dies solle auch so fortgeführt werden. Durch das neue Schulgesetz werde es lediglich dazu kommen, dass die Kommune für die Organisation und die Aufsicht des Mittagessens verantwortlich werde. Dabei solle die Ausgabe des Mittagessens in den bisher zur Verfügung gestandenen Räumlichkeiten weiter geführt werden.

Stadtrat Riesle spricht die Investitionskosten an. Auch seine Fraktion möchte das Bisherige fortsetzen. Die ca. 75.000 Euro Ausgabe für die Sanierungskosten einer neuen Mensa solle außen vor gelassen werden. Zurzeit wolle man diese Investition nicht. Man gehe auch von der angenommenen Beteiligung der Schülerinnen und Schüler am Mittagstisch aus. Die CDU unterstütze das Vorhaben, aber ohne die Investition.

Stadtrat Hättich schließt sich für die SPD-Fraktion den Äußerungen von Stadtrat Riesle an. Er hält dies für eine gute Sache.

Auch die UL-Fraktion werde der Vorlage nach Aussage von Stadtrat Prof. Dr. Mescheder zustimmen. Die Zahlen legten eine Zentralisation des Mittagstisches in der Mensa am Otto-Hahn-Gymnasium nicht nahe. Es bestehe ein hoher Erreichbarkeitsgrad bei den Kindern. Die Daten seien positiv. Eine Amortisierung sei möglich, man müsse sich im nächsten Jahr die Zahlen nochmals anschauen.

Stadtrat Jung weist darauf hin, dass die Schule am Freitag selbst noch ein Mittagessen durch Lehrkräfte und Eltern für die Schüler zubereiten wolle. Er möchte wissen, ob in diesem Falle die Stadt ebenfalls eine Aufsichtspflicht habe.

Nach Frau Klein läuft der Antrag auf Ganztagsbetrieb auf vier Tage. Für diesen Zeitrahmen sei die Stadt verantwortlich für die Aufsicht und die Organisation des Mittagessens.

Mit den vier Tagen habe man eine klare Definition, so Bürgermeister Herdner.

Er lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen und weist ausdrücklich darauf hin, dass seitens der Stadt keine investiven Maßnahmen für den Bau einer Mensa vorgenommen werden:

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer Ganztagschule in Wahlform an der Anne-Frank-Grundschule zum Schuljahr 2015/16 zu, wobei sich der Gemeinderat eine Entscheidung über die Räumlichkeiten für die Bereitstellung und Ausgabe des Mittagessens sowie die Beaufsichtigung bei der Essenseinnahme vorbehält.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja (einstimmig).

### **TOP 3    Antrag des Otto-Hahn-Gymnasiums mit Realschulzweig auf Änderung des Ganztagsbetriebs zum Schuljahr 2015/2016 Vorlage: GR 020/2014**

In seiner Einleitung stellt Bürgermeister Herdner heraus, dass es sich hier um einen Erweiterungsantrag handele. Man wolle nun den vermehrten Ganztagsbetrieb auf eine sichere Grundlage bringen. Dieser Antrag würde eine wichtige Voraussetzung darstellen, um im Rahmen der unumgänglichen Sanierungsmaßnahmen weitere Förderanträge stellen zu können.

Im Anschluss hält Frau Klein den Sachvortrag.

Stadtrat Riesle begrüßt namens der CDU-Fraktion den Antrag, den sie im vollen Umfang unterstützten.

Da alle Fraktionen ihre Zustimmung signalisieren und kein Mitglied des Gemeinderates das Wort wünscht, stellt Bürgermeister Herdner den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Otto-Hahn-Gymnasiums mit Realschulzweig auf Änderung des Ganztagsbetriebes zum Schuljahr 2015/2016 zu.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja (einstimmig).

**TOP 4 Neufassung der Friedhofsordnung  
Vorlage: GR 016/2014**

Nach seiner Einleitung übergibt Bürgermeister Herdner an Frau Franz das Wort.

Frau Franz hält den Sachvortrag.

Stadtrat Riesle spricht die Bilder an.

Frau Franz weist darauf hin, dass Bilder auch schon vorher zugelassen gewesen seien.

Stadträtin Trenkle moniert die Zeitbegrenzung für Urnenstelen und Urnengräber. Hier müsse eine Verlängerung möglich sein.

Hier befürchtet Herr Kleiser, dass bei einer Friedhofgestaltung Ausnahmen entgegen stehen könnten. Grabfelder würden nicht so schnell geräumt.

Nach Stadtrat Riesle könne man den Wunsch nach Bildern zulassen. Namens der CDU-Fraktion begründet er die Verlängerungsabsicht (§ 8 und § 17 Friedhofsordnung).

Stadtrat Kern befürchtet, dass man wohl nach 15 Jahren neue Stelen benötige. Die Kosten seien nicht gedeckt, sie würden die Stadt noch beschäftigen. Er sieht einen höheren Aufwand.

Stadtrat Riesle möchte keine Verschiebung der Gebührenerhöhung.

Stadtrat Kern stimmt einer Verlängerung der Stelennutzungsmöglichkeit zu. Die Verlängerungskosten müsste man festlegen. Die müssten auch in der Kalkulation drin sein.

Stadtrat Prof. Kühne spricht die Gleichbehandlung zwischen Erdgrab und Stelen an. Jüngere Verstorbene sollte man gleich behandeln.

Stadtrat Hättich hält die Neuordnung für sinnvoll. Man komme damit den Bedürfnissen der Bevölkerung nach. Für die SPD-Fraktion signalisiert er Zustimmung. Für sich selbst hält er eine Verlängerung für in Ordnung.

Stadtrat Thurner spricht den § 26 Friedhofsordnung an. Für alte Gräber gebe es hier keine Regelung mehr.

Frau Franz verweist auf den § 33 Abs. 9, wo dies drin sei.

Stadtrat Thurner geht auf die Unterhaltung und die Standsicherheit der Grabsteine ein.

Bei der Überprüfung sollte man die Grabinhaber dabei haben. Es gebe Unmut in der Bevölkerung.

Hier entstehe nach Bürgermeister Herdner für die Verwaltung einen Aufwand. Vielleicht sollte man die Grabfelder an sich prüfen. Möglicherweise werde man die Prüfung im Bregtalkurier vorher ankündigen.

Eine Umstrukturierung könne nach Meinung von Stadtrat Jung einer Verlängerung hinderlich sein.

Bürgermeister Herdner wirft ein, dass ein Grabstein nicht verpflichtend sei.

Stadtrat Kern schlägt eine Verlängerung auf 10 und nicht auf 15 Jahre vor.

Stadtrat Thurner erklärt, man könne sich dem anschließen.

Bürgermeister Herdner fasst die Diskussion soweit zusammen, dass man darauf hinwirke, dass die Platten genutzt werden. Bei der Verlängerungsmöglichkeit solle man eine generelle Verlängerung um einmalig 10 Jahre festlegen. Hier seien die §§ 8 und 17 der Friedhofsordnung betroffen. Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Der Neufassung der Friedhofsordnung der Stadt Furtwangen entsprechend des Entwurfs in der Anlage der Sitzungsvorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja (einstimmig).

## **TOP 5 Friedhofsgebührenkalkulation 2015 Vorlage: GR 017/2014**

Nach seiner Einleitung übergibt Bürgermeister Herdner das Wort an Frau Franz.

Frau Franz hält den Sachvortrag.

Stadtrat Hättich erläutert den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Man könne die Kostendeckung durch Einnahmenerhöhung oder Ausgabensenkung erhöhen. Hier läge aber eine unverhältnismäßige Erhöhung vor. Man solle weiter nach Sparmaßnahmen suchen. Zunächst mal möchte man in der Anlage 2 auf der Seite 4 beim Vorschlag zu den Gebührensätzen bei der Spalte 4 Kostendeckung den Prozentsatz 70 auf 55 verändert haben. Auf der gleichen Seite sollte beim Gebührevorschlag in der Spalte 8 beim Abschnitt Reihengräber Reihengrab FH Stadtteile statt 1.300,00 Euro 1.000,00 Euro eingetragen werden. In der gleichen Spalte sollte beim Abschnitt pflegefreie Sarg- und Urnenerdgräber bei Position Reihengrab statt dem Verwaltungsvorschlag von 2.250,00 Euro der Betrag von 1.500,00 Euro eingetragen werden. Bei den sonstigen Urnengrabarten in der gleichen Spalte sollten bei den Urnenstelenplätzen statt 950,00 Euro 680,00 Euro und bei den Urnenstelenkammern statt 1.850,00 Euro 1.500,00 Euro eingetragen werden.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder setzt sich mit Pflege auf allen Friedhöfen der Stadt Furtwangen auseinander. Der Gesamtunterhalt aller Stadtteilmfriedhöfe liege bei 20.000,00 Euro, der des Hauptfriedhofs allein bei 120.000,00 Euro. Die UL-Fraktion fordere eine Pflege des Hauptfriedhofes mit dem gleichen Ansatz wie bei den Ortsteilen. Die Pfl-

gekosten könnten so um 50.000,00 Euro geringer angesetzt werden. In den Ortsteilen gebe es überall sehr gut gepflegte Friedhöfe. Sie seien auch würdevoll gestaltet.

Stadtrat Jung möchte hier einiges zurechtrücken. Die Aktivitäten auf den Ortsteilfriedhöfen gingen nicht vom Friedhofspersonal sondern von den Angehörigen aus. Hier seien die Aktivitäten der Angehörigen deutlich höher. Im Hauptfriedhof würde deswegen nicht schlampiger gearbeitet.

Nach Stadtrat Prof. Kühne gebe es auf einem kleineren Friedhof den Zwang zu einer besseren Pflege. Zu dem Antrag der SPD-Fraktion auf eine Erhöhung der Grabnutzungsgebühren in zwei Stufen erklärt er, dass dieses zweistufige Modell nicht weiterhelfen werde. Man unterstütze den Vorschlag der Verwaltung. Vielleicht könne man finanzielle Möglichkeiten für finanziell Schwächere geben. Man könne über dieses Thema nicht jedes Jahr reden.

Stadtrat Sauter hält das Einsparen nicht für den richtigen Weg. Man müsse die Friedhoflandschaft im Ganzen betrachten. Der Friedhof sei ein Aushängeschild für die gesamte Stadt. Man könne den Deckungsgrad nicht jedes Jahr verändern.

Ortsvorsteher Ruf von Linach erklärt, dass die Friedhöfe in den Ortsteilen eingefasst seien.

Bürgermeister Herdner macht darauf aufmerksam, dass die öffentlichen Flächen in den Ortsteilen nur Wege seien. Auf dem Hauptfriedhof gebe es auch große Rasenflächen. Man müsse die Arbeit mit den Rasenflächen reduzieren.

Stadtrat Kern spricht den Vergleich mit dem Umland an. Es gebe beim SPD-Vorschlag 23 % weniger Gebühreneinnahmen.

Stadtrat Thurner erinnert an den Einsparantrag der UL-Fraktion, die Reduktion des Unterhalts um 50.000,00 Euro.

Bürgermeister Herdner erklärt den Verwaltungsvorschlag als den weitergehenden Vorschlag und lässt hierüber abstimmen:

### **Beschluss:**

1. Den nachfolgenden Ermessensentscheidungen – entsprechend dieser Gemeinderatsvorlage und der beigefügten Gebührekalkulation (Anlagen I und II) – wird zugestimmt:
  - a) Den gebührenfähigen Kosten des Bestattungswesens, die in die Gebührensätze eingestellt wurden.
  - b) Dem Mischzinssatz als Ermittlungsmethode des Zinssatzes, 3,5 % als Höhe des Mischzinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals.
  - c) In der Gebührekalkulation wird das Jahr 2015 kalkuliert.
2. Die Satzung zur Änderung der Bestattungsgebührenordnung wird entsprechend der Sitzungsvorlage (Anlage III) mit Wirkung zum 01.01.2015 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja, 6 Nein.

Damit ist der Verwaltungsvorschlag mehrheitlich angenommen.

**Änderung der Verkaufszeiten des Donnerstagsmarkts**  
**Vorlage: GR 023/2014**

Nach der Einleitung durch Bürgermeister Herdner erhält Stadtrat Thurner das Wort.

Von dieser Änderung sei der örtliche Einzelhandel direkt betroffen. Warum komme es nun zur Erweiterung, möchte Stadtrat Thurner wissen.

Nach Bürgermeister Herdner habe es bisher zwei Stände auf privatem Grund bis um 18 Uhr gegeben. Sie seien dann auf den Marktplatz genommen worden. Das Angebot sei mittlerweile ausgeweitet.

Stadtrat Hog erklärt die Zustimmung der SPD-Fraktion. Zwar könnte der Einzelhandel darunter leiden, man sehe aber keine große Gefahr für den.

Stadtrat Andreas Braun findet es positiv, wenn es ein Einkaufserlebnis gebe. Je mehr es davon gebe, desto besser für Furtwangen. Der Donnerstagmarkt sei ein Segen für Furtwangen.

Stadtrat Kern ist der Meinung, dass man dies so machen sollte.

Stadträtin Trenkle erklärt, dass die Leute in die Stadt gingen. Konkurrenz belebe das Geschäft.

Auch Stadtrat Prof. Dr. Mescheder sieht in dem Donnerstagmarkt eine Belebung des Angebotes.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner den Vorschlag zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Die Satzung zur Änderung der Marktsatzung wird in der der Drucksache beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja (einstimmig).

**TOP 7 Erlass einer Nachtragssatzung 2014**  
**Vorlage: GR 015/2014**

Herr Kleiser hält den Sachvortrag. Er weist hierbei auf einen Schreibfehler im Beschlussvorschlag hin. Zudem sei ein Antrag des Otto-Hahn-Gymnasiums auf Nähmaschinen etc. leicht verspätet eingegangen. Dieser Antrag belaufe auf 20.000,00 Euro. Herr Kleiser stellt die Frage an den Gemeinderat, ob dieser Antrag noch in den Nachtrag aufgenommen werden soll.

Hiergegen gibt es keinen Widerspruch.

Stadtrat Kern möchte wissen, ob die Entnahme nach dem Ansatz gehe.

Nach Herrn Kleiser sei ursprünglich 2,55 Mio. als Entnahme aus der Rücklage geplant

gewesen. Die Kreditaufnahme belaufe sich auf 871.000,00 Euro.

Stadtrat Hog signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Zur Uhrenbörse möchte er wissen, ob es dort Zuschüsse gebe.

Bürgermeister Herdner verneint dies. Es sei höchstens Sponsoring möglich. Von Leader erhalte er keine Zuschüsse.

Herr Kleiser ergänzt, dass es sich hier um einen Wirtschaftsbetrieb handle, der steuerpflichtig sei.

Stadtrat Hog lobt die positive Entwicklung der Rücklage.

Herr Kleiser stellt nun das neue Zahlenwerk vor. Der nachträglich eingegangene Antrag des OHG in Höhe von 20.000,00 Euro sei hierbei berücksichtigt. Gegenüber dem Beschlussvorschlag gebe es nur Änderungen beim Vermögenshaushalt: Verringerung der Einnahmen und Ausgaben um 155.100,00 statt wie ausgewiesen 155.600,00 Euro auf 3.623.620,00 statt 3.603.620,00 Euro. Das Haushaltsvolumen werde sich um 369.300,00 statt 369.800,00 Euro auf 24.768.370,00 statt 24.748.370,00 Euro verringern.

Diesen veränderten Beschlussvorschlag stellt Bürgermeister Herdner zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

#### **Nachtragssatzung** der Stadt Furtwangen im Schwarzwald für das **Haushaltsjahr 2014**

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg in der Fassung vom 01. Juli 2004 (GBI. S. 469,489) hat der Gemeinderat am 14.10.2014 folgende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 beschlossen:

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan 2014 wird wie folgt geändert:

Es verringern sich

1 Die Einnahmen und Ausgaben des

Verwaltungs- haushaltes	um	214.200 Euro	auf	21.144.750 Euro
Vermögenshaus- haltes	um	155.100 Euro	auf	3.623.620 Euro

---

Haushaltsvolu- men	um	369.300 Euro	auf	24.768.370 Euro
-----------------------	----	--------------	-----	-----------------

2 Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen bleibt unverändert.

3 Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen bleibt unverändert.

#### **§ 2**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert.

### § 3

Der Stellenplan bleibt unverändert

Nachrichtlich:

Die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer bleiben unverändert.

Furtwangen, den 14. Oktober 2014

Josef Herdner  
Bürgermeister

#### Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Furtwangen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder Bekanntmachung dieser Satzung verletzt worden sind.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja (einstimmig).

#### **TOP 8 Dilgerhofweg: Einrichtung einer Tempo 30 Zone Vorlage: GR 022/2014**

Bürgermeister Herdner hält einen Sachvortrag.

Stadtrat Riesle erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion. Es sei hier nicht nur eine Sackgasse, sondern auch eine Schule dran.

Stadtrat Jung ist über den Sachverhalt erstaunt. Bei Verkehrsschauen in Neukirch sei er nicht sehr erfolgreich gewesen. Er wundere sich über die Arbeit der Gremien und verstehe dies nicht.

Stadtrat Thurner erklärt die Zustimmung seiner Fraktion.

Dies gelte auch für die SPD-Fraktion, so Stadtrat Guhl. Obwohl man auch die Vorlage für überflüssig halte.

Stadtrat Jung befürchtet eine Verkehrsmessung zu späteren Zeiten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Gemeinderat genehmigt die Einrichtung einer Tempo 30 Zone im Verlauf des Dilgerhofweges.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja (einstimmig).

**TOP 9 Auftragsvergaben**

**TOP 9.1 Beschaffung Feuerwehrfahrzeug Abteilung Rohrbach  
Vorlage: GR-TV 006/2014**

Bürgermeister Herdner erklärt, dass er die Tischvorlage zurückziehe. Weitere Auftragsvergaben lägen nicht vor.

**TOP 10 Bekanntgaben, Anträge und Anfragen**

**TOP 10.1 Bekanntgaben**

Bürgermeister Herdner spricht die Bekanntgabe an. Dem Gemeinderat wird folgendes bekannt gegeben:

1. Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing:  
Installation einer öffentlichen WLAN-Verbindung

**TOP 10.2 Anträge und Anfragen**

Stadtrat Thurner spricht die Erhöhung der Mittel zu Straßen, Wege und Plätze an. Er möchte wissen, was noch zu machen sei.

Herr Dold weist auf die Neue Heimat, den Gehweg Neukirch, das Koepfer-Areal und die Sporthalle Oberer Bühl hin. Er geht die einzelnen Positionen durch.

Stadtrat Thurner möchte wissen, warum das Streugut im Ansatz gestiegen sei.

Nach Herrn Dold koste ein Winter ohne Schnee mehr Geld für Streumaterial.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder möchte näheres zur Parkplatzsituation am Koepfer-Gelände erfahren.

Nach Bürgermeister Herdner sei man hier dran. Wohnmobilstellplätze werde man ggf.

am Parkplatz Goethe-/Schillerstraße einrichten. Dieser Parkplatz solle voll bewirtschaftet werden.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder möchte wissen, warum mehrere Bushaltestellen unterschiedlich gemacht worden seien.

Nach Bürgermeister Herdner sei dies konzeptionell gewollt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Herdner die öffentliche Gemeinderatsitzung um 20:28 Uhr.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 4 wird beurkundet.

.....  
Josef Herdner  
Bürgermeister

.....  
Franz Sauter  
Stadtrat

.....  
Dr. Ludger Beckmann  
Schriftführer

.....  
Klaus Hog  
Stadtrat